Impressum

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **56 (1964)**

Heft 10

PDF erstellt am: **14.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

die mit Beamtenrechten befaßte Abteilung des Bundesinnenministeriums) sind fast ausschließlich mit ehemaligen PGs besetzt. In Aachen, Bonn, München-Gladbach, Köln, Krefeld, Düsseldorf, Essen, Dortmund und Gelsenkirchen sind die Leiter der Kripo durchwegs ehemalige SS-Sturmbannführer. Der Kriminaldirektor in Nordrhein-Westfalen ist ebenfalls früherer SS-Sturmbannführer.»

Nach Aufzählung weiterer Beispiele, auf die wir hier aus Raumgründen verzichten müssen, spricht Flechtheim über die Parteienentwicklung:

«Die Parteienentwicklung steht seit 1945 in Westdeutschland – ähnlich wie der ganze Lebenszuschnitt – im Zeichen einer weitreichenden ‚Amerikanisierung'. Das Gesicht der Parteien wandelt sich dabei vor allem in dreifacher Hinsicht: 1. Die Zahl der Parteien geht zurück – einige wenige typische Monopolparteien beherrschen das politische Leben. 2. Diese Großparteien ‚institutionalisieren' sich – sie werden immer mehr zu quasi Staatsparteien. 3. Die progressiven und dynamischen Kräfte und Elemente im Parteisystem werden schwächer und sind in Gefahr, ganz zu verschwinden.»

Flechtheim schildert dann die Kräfte «vom Bundesverband der deutschen Industrie bis zur Katholischen Kirche», die der CDU mit Mitteln aller Art geholfen haben und helfen, ihre Machtposition systematisch auszubauen. Er schildert weiter die Gefahren, die mit der «Institutionalisierung der beiden entscheidenden Parteitypen» verbunden sind: «Die Parteien suchen sich den Staat für sich und ihre Anhänger zunutzezumachen – er soll ihren ideellen und materiellen Interessen dienen. So wird er, ohne aufzuhören Klassenstaat zu sein, zugleich zum Massen- und Parteienstaat. Wird aber der Staat zum Objekt der Parteien, so werden zugleich die Parteien zunehmend zu Objekten des Staates – zu Staatsparteien.»

Nach einer weiteren genauen Schilderung dieser bedenklichen Entwicklung sagt Prof. Flechtheim abschließend:

«1949 hatte das Grundgesetz zumindest die Grundrechte des Bürgers zu zementieren versucht. Der erste entscheidende Einbruch in die Freiheitssphäre erfolgte 1956 mit der Wiederaufrüstung – seitdem hat sich der Akzent immer stärker vom Sozialstaat auf den Rüstungsstaat verlagert. Und die Kriegsvorbereitung bedroht nun auch den Kern der Freiheits- und Grundrechte. Insofern ist die Spiegel-Affäre alles andere als ein Zwischenfall – sie ist ein Symbol für den Versuch, einen ‚autoritären Besitzverteidigungsstaat' zu errichten, der zugleich Militärstaat ist. Die unmittelbar bevorstehende Notstandsgesetzgebung würde voraussichtlich die Demontage der Demokratie vollenden.

Während sich in England der Staat in den Formen der Monarchie mit demokratischem Gehalt erfüllt hat, füllt sich in Westdeutschland die demokratische Staatsform mit autokratischem Inhalt – da die Machthaber die Autorität zu sehr lieben und die Massen noch nicht zur Demokratie mündig geworden sind. Es bleibt so nur die Hoffnung, daß die weltpolitische Entspannung und der Sieg der demokratischen Kräfte im Ausland schließlich auch den fortschrittlichen Kreisen in Deutschland neuen Auftrieb geben werden.»

Dr. Walter Fabian

«Gewerkschaftliche Rundschau», Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes. Redaktor: Giacomo Bernasconi, Monbijoustraße 61, 3000 Bern, Telephon (031) 45 56 66, Postscheckkonto 30-2526. Jahresabonnement: Schweiz Fr. 14.—, Ausland Fr. 16.—; für Mitglieder der dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Verbände Fr. 7.—. Einzelhefte Fr. 1.50. Druck: Unionsdruckerei Bern.